



Interessenvertretung  
Selbstbestimmt Leben  
Niedersachsen/Bremen

LV ISL Nds./Bremen - Am Mittelfelde 80 - 30519 Hannover

An den

Niedersächsischen Kultusminister  
Herrn Dr. Bernd Althusmann  
Schiffgraben 12  
30159 Hannover

Hannover, 3.12.2010

## **Die UN-Behindertenrechtskonvention und die UN-Kinderrechtskonvention umsetzen**

### *Inklusive Bildung verwirklichen*

Stellungnahme zur geplanten Umsetzung in Niedersachsen

Sehr geehrter Herr Minister,

mit großem Bedauern stellen wir fest, dass Sie Ihr im Sommer noch öffentlich gegebenes Versprechen, für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, nicht einhalten.

Wir nehmen deshalb den heutigen Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung zum Anlass, unser Bedauern und unsere große Enttäuschung zum Ausdruck zu bringen. Menschen mit Behinderung sind mindestens seit 2009 nun auch in Deutschland mit Menschenrechten ausgestattet, die die niedersächsische Regierungskoalition aber nicht ernst nehmen. Dies können und wollen wir als Selbsthilfeverband behinderter Menschen nicht länger hinnehmen.

Inhaltlich schließen wir uns den Argumenten des Vereins „Eine Schule für Alle“ vom 22.11.2010 an, die auch aus der Sicht von Eltern behinderter Kinder noch einmal deutlich gemacht haben, dass Menschenrechte nicht in zwei Wertegruppen zu unterscheiden sind. Alle Kinder mit Behinderung sind es wert, mit anderen Kindern lernen zu dürfen. Es darf keine zwei Klassen von mehr oder weniger wertvollen Menschen mit Behinderung mehr geben, deren Menschenrechte mit unterschiedlich starkem Engagement bzw. finanziellen Mitteln bedacht werden.

Einer der führenden deutschen Bildungswissenschaftler im Bereich Lernbehinderten-pädagogik und gemeinsamer Unterricht Prof. Wocken fragt sinngemäß: wenn es Kinder gibt, die nicht behinderten Kindern nicht zugemutet werden können, warum sollen sie dann anderen behinderten Kindern „zugemutet“ werden dürfen? Ausgerechnet dort, wo angeblich der Schonraum „Förderschule“ eine gute individuelle Entwicklung bieten soll, werden die Kinder mit viel pädagogischer Fachkompetenz aufbewahrt, d.h. Kinder, die sich andere Schulen nicht zumuten wollen, unter anderem weil die notwendigen Ressourcen für einen gelingenden gemeinsamen Unterricht bisher nicht zur Verfügung gestellt werden. Diese Praxis entlarvt die eigentlichen Absichten der Förderschul-befürworter und muss ein schnelles Ende finden.

Wie sieht die Situation 2010 in Niedersachsen noch immer aus?

- Immer mehr Schulen sind bereit und motiviert, gemeinsamen Unterricht anzubieten. Anträge auf gemeinsamen Unterricht in kompletten Schulen wurden 2010 in Niedersachsen von der Landesschulbehörde aber nicht bewilligt.
- Sonderpädagogische Förderung im gemeinsamen Unterricht wird nicht mit den notwendigen Förderlehrer/innen ausgestattet.
- Angehende Lehrkräfte können ihr Studium noch immer beenden, ohne auf gemeinsamen Unterricht vorbereitet zu werden.
- Behinderte Kinder werden noch immer von Schulen abgelehnt, weil die sachlichen, finanziellen oder räumlichen Bedingungen für ihre Förderung nicht sichergestellt werden können.
- Absolventen von Förderschulen haben kaum eine Chance auf eine Lehrstelle und passen ihr Selbstbild an die in sie gesetzten Erwartungen an. Sie werden vom Schulsystem mit viel Aufwand zu Verlierern abgestempelt. Von gesellschaftlicher Teilhabe kann dann keine Rede sein.

Wir als Selbsthilfeverband beraten oft Menschen, die den Weg durch das Sonderschulwesen gegangen sind und jetzt als Erwachsene erst erkennen, in welche Sackgasse sie geschickt worden.

Sehr geehrter Herr Minister,

wir bitten Sie nachdrücklich, sich stark zu machen für die Verwirklichung der inklusiven Bildung in Niedersachsen. Viele andere Länder sind inzwischen weiter in Sachen Inklusion, weil sie den Mut hatten, mit gesetzlichen Grundlagen Entwicklungen voran zu bringen. In Niedersachsen wird gemeinsamer Unterricht auf allen Ebenen mit dem Argument verzögert, dass die vorhandenen Ressourcen nicht neu verteilt werden können, weil das angekündigte Gesetz noch immer auf sich warten lässt. Herr Minister, haben Sie den Mut zu einem klaren Schritt, bewahren Sie unser Bundesland davor, weitere Jahrzehnte viel Geld in ein ineffektives zweigleisiges System zu stecken. Schon im Mai 2009 wurde dem Kultusausschuss in der Anhörung der Fachverbände deutlich gemacht, dass dies der teuerste Weg sein wird.

Bevor in Niedersachsen mit einer sogenannten neuen Oberschule u.a. neue Schulstrukturprobleme geschaffen werden, sollten Sie die UN-Behindertenrechtskonvention als Chance begreifen, um tatsächlich für **alle** Kinder **eine** Schule zu schaffen und gemeinsamen Unterricht zu ermöglichen. Wir als behinderte Menschen und auch unsere Verbände sind gern bereit, Ihnen bei der Erarbeitung entsprechender gesetzlicher Regelungen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und sich an inhaltlichen Diskussionen zu beteiligen.

Nehmen Sie die UN-Behindertenrechtskonvention ernst und beziehen Sie uns Menschen mit Behinderung in allen Bereichen mit ein. Wir bieten unsere Kompetenzen genau wie die Eltern behinderter Kinder an, da wir aus eigener Erfahrung wissen, was wir im gemeinsamen Unterricht brauchen, um auch im späteren Leben teilhaben und unsere Kompetenzen in die Gesellschaft einbringen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Blochberger

für den Landesverband Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Niedersachsen/Bremen